

## Eine parteiamtliche Rüge für den Parteivorstand.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabg. Haase, der zugleich Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist, hat parteiamtlich eine scharfe Rüge erhalten, die öffentlich bekannt gegeben wird.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie hat am 30. Juni und 1. Juli in Berlin getagt. Es waren alle 41 Bezirks- und Landesvorstände vertreten. Verhandelt wurde über die gegenwärtige Situation, besonders über die letzten Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution fand Annahme:

Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und anerkennt besonders die Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder.

Der Parteiausschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralfelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.

Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde“ durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Zustimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei.

Der erste Absatz ist gegen 8, der zweite gegen 7 und der dritte gegen 12 Stimmen angenommen worden. Außerdem wurde beschlossen, vor Zusammentritt des Reichstags gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Situation zu verhandeln.

Der Parteitag als höchste Instanz der Partei kann gegenwärtig nicht zusammentreten. Der Parteiausschuß ist in der Sozialdemokratie nächst dem Parteitag die oberste Parteinstanz. Er besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände und berät nach dem Organisationsstatut „gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen.“ Wird der Parteivorstand nach der Rüge des Parteiausschusses sein Amt niederlegen oder den Beschluß eines Parteitages abwarten, der formell allein über die Zusammensetzung des Parteivorstandes zu entscheiden hat?

Die „Leipz. Volksztg.“ druckt die Beschlüsse des Parteiausschusses ab — wie sie sagt, ihrer Pflicht nachkommend. Sie fügt aber hinzu: „Daß wir den darin zum Ausdruck kommenden Standpunkt für durchaus falsch und unglücklich halten, brauchen wir kaum zu sagen.“

Der „Vorwärts“ hat bisher von der Entscheidung des Parteiausschusses noch nicht Notiz genommen. Das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ polemisiert am Sonntag aber scharf gegen den „Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ und den Vorstand der Reichstagsfraktion, weil diese gegen das bekannte u. a. von 12 Reichstagsabgeordneten und 7 „Vorwärts“-Redakteuren unterzeichnete, inzwischen verbotene Zirkular vom 9. Juni Stellung genommen haben durch eine Kundgebung mit dem Titel „Gegen Parteizerrüttung“. Der „Vorwärts“ schreibt unter anderem:

Eine ganz willkürliche, durch die Fassung des Zirkulars in keiner Weise nahegelegte Unterstellung ist es schließlich, daß die Warnung vor der „Verantwortung für alles, was sonst kommt“, die Drohung mit der Parteispaltung enthalte. Wenn der Hinweis auf die unausbleiblichen Folgen einer verhängnisvollen Politik, die (nach Ansicht der Unterzeichner, die ja doch wohl noch eine Ansicht auszusprechen sich unterfangen dürfen) zu einer innerlichen Auflösung der Parteigrundsätze und damit auch des äußeren Parteigefüges führen müssen, als „Drohung mit der Parteispaltung“ gebrandmarkt werden soll, dann hört allerdings jede Möglichkeit einer Aussprache und Verständigung innerhalb der Partei — die nicht gleichbedeutend ist mit einzelnen Parteiinstanzen — auf, dann ist das die Proklamation eines Absolutismus der Parteiinstanzen, der nicht nur das Grab für jede demokratische Betätigungsmöglichkeit, sondern auch des Sozialismus selbst wäre.

Daß es freilich Elemente innerhalb der Partei gibt, höchst regsame Elemente obendrein, die direkt auf eine Parteispaltung hinarbeiten, kann nicht geleugnet werden. Nur befinden sich diese Elemente, die unaufhörlich mit der Parteispaltung drohen und dazu in der ungestümsten Weise auffordern, nicht in den Reihen der Unterzeichner des Zirkulars.

„Wer diese tatsächlichen und bewußten „Parteizerstörer“ sind“, können, wie der „Vorwärts“ betont, die Leser ersehen aus einer Notiz, die er seiner Verwahrung gegen den Parteiausschuß folgen läßt. Darin verweist er auf Äußerungen des „Volksblatts für Anhalt“ („Wir wollen los von den Illusionisten . . . Mögen sie einen politischen Klub für sich bilden“), des Landtagsabg. Kolb in seiner Broschüre „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“ („Die Klüft zwischen den sich gegenüberstehenden Auffassungen ist zu groß, als daß sie überbrückt werden könnte“), des Karlsruher „Volksfreund“ („ . . . Dann bleibt schließlich nichts anderes übrig, als eine wirkliche Einheit und Einigkeit herzustellen“) und schließlich auch des Partei- und Fraktionsvorstandes, der in seinem Zirkular vom 28. Juni „gegen Parteizerrüttung“ geschrieben hat:

„Jede Drohung, die auf eine Parteispaltung hinzielt, ist ein Verbrechen an der Partei, ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung. Wir zweifeln nicht daran, daß die Parteigenossen allerorts deshalb die Gefahr erkennen, die in derartigen Treibereien liegt, und daß sie den Organisationschädlingen ein gebieterisches: „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenrufen werden.“

Der „Vorwärts“ setzt also seinen Vorwürfen noch einen Trumpf auf mit der Anklage, daß der Parteivorstand zu den tatsächlichen und bewußten „Parteizerstörern“ gehört.